

# Pressemitteilung

## Widerspruch zum Interview vom 27.05.2026 im Weser Kurier von Sozialsenatorin Claudia Schilling

### Die Realität in Bremens Kinder- und Jugendarbeit sieht anders aus

**Die Initiative „Für eine bedarfsgerechte und institutionelle Finanzierung der Kinder- und Jugendarbeit in Bremen“ widerspricht wesentlichen Aussagen von Sozialsenatorin Claudia Schilling im jüngsten Interview des Weser-Kurier.**

Bereits kurz nach Veröffentlichung unserer Petition haben sich zahlreiche Einrichtungen, Träger, Fachkräfte, Eltern sowie Unterstützerinnen und Unterstützer aus ganz Bremen an die Initiative gewandt. Innerhalb von knapp drei Wochen konnten bereits mehr als 3.000 Unterschriften aus Bremen gesammelt werden. Aktuell unterstützen rund 3.500 Menschen die Petition. Sie signalisieren Unterstützung, zeigen sich solidarisch und beteiligen sich aktiv am Protest gegen die geplanten Entwicklungen.

Zu den Unterstützenden zählen Jugendhäuser, Freizeits, Kinder- und Jugendfarmen, Mädchen- und Jugendtreffs sowie viele weitere Einrichtungen aus unterschiedlichen Bremer Stadtteilen. Hinzu kommen Kinderärztinnen und Kinderärzte, Psychologinnen und Psychologen, Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte sowie weitere Akteurinnen und Akteure aus Bildung, Gesundheit und Sozialarbeit.

Auch Schulen, Kitas, Vereine, Ortsbeiratsmitglieder, kommunalpolitisch Engagierte sowie zahlreiche Bürgerinnen und Bürger aus unterschiedlichen Stadtteilen haben sich inzwischen öffentlich hinter das Anliegen gestellt.

Aus unterschiedlichsten fachlichen Perspektiven wird dabei dieselbe Botschaft formuliert:

Eine verlässliche, bedarfsgerechte und institutionelle Finanzierung ist die Voraussetzung dafür, dass Kinder und Jugendliche auch künftig Zugang zu Schutzräumen, Bildungsangeboten, Beratung, Freizeitmöglichkeiten und stabilen Bezugspersonen haben.

Die große Resonanz innerhalb weniger Wochen zeigt, wie groß die Sorge um die Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit in Bremen ist.

Wer derzeit mit betroffenen Einrichtungen, Trägern, Mitarbeitenden, Familien, Kindern und Jugendlichen spricht, erhält ein deutlich anderes Bild als das, welches öffentlich vermittelt wird.

Die Aussage, es gebe keinen sozialen Kahlschlag und die Situation sei insgesamt positiv zu bewerten, wird von vielen Betroffenen als zynisch und realitätsfern wahrgenommen.

Denn die Diskussion findet nicht nur in politischen Gremien oder öffentlichen Debatten statt.

Sie zeigt sich ganz konkret im Alltag der Kinder- und Jugendarbeit – in Jugendhäusern, Freizeits, Kinder- und Jugendfarmen, offenen Treffs, Schulkooperationen und anderen niedrigschwelligen Angeboten, die für viele junge Menschen wichtige Anlaufstellen sind.

Dort berichten Einrichtungen bereits heute von eingeschränkten Angeboten, reduzierten Öffnungszeiten, weggefallenen Projekten, Personalengpässen, fehlender Planungssicherheit und zunehmendem wirtschaftlichem Druck.

Aus Sicht vieler Betroffener wird dabei ein zentraler Punkt verkannt:

Die entscheidende Frage lautet nicht, ob insgesamt mehr Geld im System vorhanden ist.

Die entscheidende Frage lautet:

### **„Kommt dieses Geld tatsächlich dort an, wo Kinder und Jugendliche es benötigen?“**

Oder anders formuliert: Gibt Bremen für alle Kinder- und Jugendeinrichtungen bedarfsgerecht, verlässlich und wirklich ausreichend Geld aus – und kommt dieses Geld tatsächlich auch bei allen Angeboten an?

Denn mehr Geld im Gesamtsystem bedeutet nicht automatisch eine bessere Situation vor Ort. Zudem muss berücksichtigt werden, dass die Kosten für Personal, Energie, Mieten, Sachmittel und Angebote in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen sind. Allein steigende Gesamtausgaben sagen daher wenig darüber aus, ob Einrichtungen tatsächlich besser ausgestattet sind als zuvor.

Deshalb stellt sich die berechtigte Frage, ob Bremen real – also unter Berücksichtigung der allgemeinen Preis- und Kostensteigerungen – heute tatsächlich mehr Geld für Kinder- und Jugendarbeit ausgibt oder ob die zusätzlichen Mittel vor allem gestiegene Kosten ausgleichen.

Wenn Einrichtungen gleichzeitig von gekürzten Programmen, eingeschränkten Angeboten, unsicheren Stellen und Existenzsorgen berichten, reicht der Verweis auf höhere Gesamtmittel allein nicht aus.

## **Die Entscheidung ist noch nicht gefallen**

Besonders irritierend ist die öffentliche Darstellung deshalb, weil die entscheidende politische Weichenstellung überhaupt erst bevorsteht. Da wir bisher nur von Entscheidungsträgern kritisiert wurden, entstand der Eindruck, dass durch die Demonstration am 29.05.26 und die laufende Petition eine deutliche Verunsicherung ausgelöst wurde.

Am **11. Juni 2026** soll im **KWADRAT** über die zukünftige Verteilung erheblicher Teile der Mittel für die offene Kinder- und Jugendarbeit in Bremen entschieden werden.

Die dort getroffenen Entscheidungen werden die Rahmenbedingungen vieler Einrichtungen ab dem Jahr 2027 maßgeblich prägen. Für zahlreiche Träger, Mitarbeitende, Kinder, Jugendliche und Familien geht es dabei nicht um abstrakte Verwaltungsfragen, sondern um die konkrete Zukunft von Angeboten, Öffnungszeiten, Ferienprogrammen, Personalstellen, Treffpunkten, Schutzräumen und pädagogischer Arbeit vor Ort.

Gerade weil die Auswirkungen dieser Entscheidungen weit über einzelne Einrichtungen hinausreichen und zahlreiche Stadtteile Bremens betreffen können, halten wir eine breite öffentliche Diskussion sowie größtmögliche Transparenz vor der Beschlussfassung für unverzichtbar.

Deshalb halten wir den öffentlichen Druck aufrecht – nicht, weil wir Konflikte suchen, sondern weil wir überzeugt sind, dass die geplante Mittelverteilung kritisch geprüft, nachvollziehbar erläutert und gegebenenfalls korrigiert werden muss.

Wenn wir jetzt solidarisch gemeinsam darauf aufmerksam machen und Politik sowie die bremische Bevölkerung für die Tragweite dieser Entscheidungen sensibilisieren, bestehen gute Chancen auf eine transparente und ehrliche Aufarbeitung sowie eine mögliche Revision problematischer Entwicklungen.

Die Zukunft vieler Einrichtungen darf nicht entschieden werden, ohne dass die tatsächlichen Auswirkungen für Kinder, Jugendliche, Familien und Mitarbeitende sichtbar werden.

Öffentliche Diskussion und Beteiligung sind in dieser Phase kein Problem.

Sie sind demokratisch notwendig.

Noch ist nichts endgültig entschieden.

Noch besteht die Möglichkeit nachzusteuern.

Noch besteht die Möglichkeit, Lösungen zu finden, die Kinder und Jugendliche in allen Stadtteilen Bremens gleichermaßen berücksichtigen.

Dabei darf sich die aktuelle Diskussion nicht ausschließlich auf die Verteilung vorhandener Mittel beschränken. Wenn bestehende Mittel nachweislich nicht ausreichen, um wichtige Angebote in allen Stadtteilen zu sichern, müssen auch zusätzliche finanzielle Lösungen geprüft werden. Kinder- und Jugendarbeit darf nicht zu einem Wettbewerb um knappe Ressourcen werden.

## **Es geht nicht um einzelne Einrichtungen – es geht um Bremen**

Ein weiterer Punkt, bei dem die politische Darstellung aus unserer Sicht zu kurz greift:

Die aktuelle Debatte betrifft nicht einzelne Einrichtungen, Träger oder Stadtteile.

Sie betrifft ganz Bremen.

Die Petition und die Demonstration haben gezeigt, dass Menschen aus nahezu allen Teilen Bremens dieselben Sorgen teilen.

An der Demonstration beteiligten sich nach Einschätzung der Veranstalterinnen und Veranstalter rund 400 bis 500 Menschen. Für eine Initiative, die erst wenige Wochen besteht, ist dies ein deutliches Signal dafür, wie viele Menschen die Entwicklungen in der Kinder- und Jugendarbeit mit Sorge verfolgen.

Betroffen sind unter anderem Einrichtungen in Borgfeld, Gröpelingen, Obervieland, Neustadt, Huchting, Oslebshausen, Huckelriede, Vahr, Woltmershausen, Bremen-Nord, Bremen-Mitte und weiteren Stadtteilen.

Es geht um die soziale Infrastruktur einer ganzen Stadt.

Kinder und Jugendliche dürfen nicht davon abhängig sein, in welchem Stadtteil sie leben.

Gerade deshalb halten wir die aktuelle Debatte über Gewinner und Verlierer einzelner Verteilungsmodelle für problematisch.

Kinder- und Jugendarbeit darf nicht zum Verteilungskampf zwischen Stadtteilen, Trägern oder Einrichtungen werden.

# Zahlreiche Fachleute widersprechen der politischen Darstellung

Die Unterstützung für die Petition reicht inzwischen weit über die betroffenen Einrichtungen hinaus.

Kinderärztinnen und Kinderärzte, Psychologinnen und Psychologen, Lehrkräfte, Erziehungsfachkräfte, Kitas, Schulen, Vereine, Ehrenamtliche sowie zahlreiche Bürgerinnen und Bürger haben sich öffentlich hinter das Anliegen gestellt.

Auch die GEW Bremen, das Bremer Bündnis Soziale Arbeit sowie viele weitere Akteure unterstützen die Forderung nach einer bedarfsgerechten und institutionellen Finanzierung.

Die Kommentare zur Petition zeigen eindrucksvoll, dass viele Menschen die Kinder- und Jugendarbeit nicht als freiwillige Zusatzleistung betrachten, sondern als unverzichtbaren Bestandteil von Bildung, Prävention, Integration, Demokratieförderung und Kinderschutz.

Besonders häufig wird dabei auf einen Aspekt hingewiesen, der in der politischen Debatte oft zu kurz kommt: Offene Kinder- und Jugendarbeit lebt von verlässlichen Beziehungen. Kinder und Jugendliche brauchen Orte, an denen Erwachsene dauerhaft präsent sind, zuhören, begleiten und Orientierung geben. Solche Strukturen entstehen nicht durch kurzfristige Projekte, sondern durch kontinuierliche Arbeit und langfristige Finanzierung.

Zugleich wird kritisiert, dass viele Einrichtungen seit Jahren dauerhafte Aufgaben in ihren Stadtteilen übernehmen, aber weiterhin wie zeitlich befristete Projekte behandelt werden. Wo Angebote dauerhaft gebraucht, regelmäßig genutzt und fest im Sozialraum verankert sind, braucht es auch eine institutionelle Absicherung statt ständiger Unsicherheit.

Viele Unterstützende fordern deshalb, dass die Finanzierung stärker am tatsächlichen Bedarf ausgerichtet wird: Welche Stadtteile sind unterversorgt? Welche Zielgruppen werden erreicht? Welche Folgen hätten Kürzungen konkret? Diese Fragen müssen transparent beantwortet werden, bevor gewachsene Strukturen geschwächt werden.

Viele Unterstützende betonen ausdrücklich, dass Bremen nicht weniger, sondern deutlich mehr in Kinder und Jugendliche investieren müsse.

Die Sorge um die Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit ist damit längst keine Einzelmeinung mehr.

Sie wird von Fachkräften, Familien sowie Bürgerinnen und Bürgern aus ganz Bremen geteilt.

## Transparenz schafft Vertrauen – und wirft offene Fragen auf

Immer wieder wird auf Beteiligungsverfahren, Planungskonferenzen und die AG nach § 78 SGB VIII verwiesen.

Doch genau hier stellen sich viele Betroffene weiterhin dieselben Fragen:

- Welche Träger und Einrichtungen waren konkret an dem Prozess beteiligt?
- Nach welchen Kriterien wurden die Mittel konkret verteilt?
- Welche Rückmeldungen aus den Stadtteilen wurden tatsächlich berücksichtigt?
- Welche fachlichen Bewertungen führten dazu, dass einzelne Einrichtungen erheblich unter Druck geraten?
- Welche Vorschläge wurden übernommen – und welche verworfen?
- Und weshalb sollen bestehende Strukturen geschwächt werden, obwohl gleichzeitig von einer Verbesserung der Kinder- und Jugendarbeit gesprochen wird?

Wenn Entscheidungen mit weitreichenden Folgen für Kinder, Jugendliche, Familien und Einrichtungen getroffen werden, muss nachvollziehbar sein, wer an den Beratungen beteiligt war, welche Positionen eingebracht wurden und welche fachlichen Abwägungen letztlich zur Entscheidung geführt haben.

Beteiligung allein ersetzt keine Transparenz.

Wer Akzeptanz schaffen möchte, muss Entscheidungswege nachvollziehbar offenlegen und verständlich erklären.

## **Kinder- und Jugendarbeit ist keine Sparmaßnahme**

Besonders irritierend empfinden viele Betroffene die Aussage, es handele sich nicht um einen sozialen Kahlschlag.

Aus Sicht vieler Einrichtungen greift diese Bewertung zu kurz. Die Sorge entsteht nicht erst dann, wenn Angebote vollständig wegfallen. Sie entsteht bereits dort, wo Öffnungszeiten reduziert werden, Projekte nicht mehr fortgeführt werden können, Stellen unsicher werden und die langfristige Planung zunehmend erschwert wird.

Für die betroffenen Kinder, Jugendlichen, Familien und Fachkräfte sind solche Entwicklungen schon heute spürbar.

Genau deshalb wird die öffentliche Verharmlosung der Situation von vielen Betroffenen als realitätsfern empfunden.

Hinzu kommt ein weiterer Aspekt, der in der politischen Debatte häufig ausgeblendet wird: Die zunehmende Bürokratie und die zahlreichen politischen Auseinandersetzungen binden erhebliche Zeit und Ressourcen in den Einrichtungen und bei den Trägern. Statt sich vollständig auf die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen konzentrieren zu können, müssen Fachkräfte und Verantwortliche immer mehr Kapazitäten für Dokumentationen, Nachweise, Antragsverfahren und die fortlaufende Beantragung neuer Fördermittel aufbringen – insbesondere bei projektbezogenen Finanzierungen.

Viele Träger berichten, dass sie einen erheblichen Teil ihrer personellen Ressourcen dafür einsetzen müssen, bestehende Angebote immer wieder neu zu rechtfertigen und ihre Finanzierung erneut zu sichern. Diese Unsicherheit erschwert langfristige Planung, belastet Mitarbeitende und geht letztlich zulasten der pädagogischen Arbeit vor Ort.

Gerade deshalb nehmen wir Bremen in die Pflicht, verlässliche und dauerhaft tragfähige Finanzierungsstrukturen zu schaffen, die den tatsächlichen Bedarfen entsprechen und den Einrichtungen ermöglichen, ihre Arbeit auf Kinder und Jugendliche statt auf permanente Förderanträge auszurichten.

Besonders deutlich wird dies auch bei den Kinder- und Jugendfarmen. Für deren bedarfsgerechte Weiterfinanzierung gibt es nach wie vor keine konkrete Lösung – wie Sozialsenatorin Claudia Schilling selbst eingeräumt hat. Solange zentrale Fragen der Finanzierung ungelöst bleiben, kann nicht von ausreichender Planungssicherheit gesprochen werden.

Damit bleibt auch die grundlegende Frage bestehen: Gibt Bremen tatsächlich genug Geld für die Kinder- und Jugendarbeit aus? Und kommt dieses Geld den Trägern und Einrichtungen tatsächlich gleichermaßen zugute?

Offene Kinder- und Jugendarbeit bedeutet:

- Schutzräume
- Prävention
- Bildung
- Integration

- Inklusion
- Demokratieförderung
- Teilhabe
- verlässliche Beziehungen
- und konkrete Unterstützung für Familien

Gerade in Zeiten wachsender gesellschaftlicher Spannungen, zunehmender psychischer Belastungen bei jungen Menschen und steigender sozialer Herausforderungen wäre ein Rückbau bestehender Strukturen das falsche Signal.

Wer heute bei Kindern und Jugendlichen spart, verschiebt die Probleme exponentiell in die Zukunft.

## Unser Appell

Die Diskussion darf nicht länger auf die Frage reduziert werden, ob insgesamt mehr Geld im System vorhanden ist.

Entscheidend ist, ob die Finanzierung den tatsächlichen Bedarfen vor Ort gerecht wird.

Wir fordern deshalb eine erneute kritische Prüfung der geplanten Mittelverteilung.

Wir fordern Transparenz.

Wir fordern Planungssicherheit.

Wir fordern den Erhalt bestehender Einrichtungen.

Und wir fordern eine bedarfsgerechte und institutionelle Finanzierung der Kinder- und Jugendarbeit in ganz Bremen.

Denn Kinder- und Jugendarbeit darf nicht zum Verteilungskampf zwischen Stadtteilen werden.

Genau deshalb haben wir die Petition

### **„Für eine bedarfsgerechte und institutionelle Finanzierung der Kinder- und Jugendarbeit in Bremen“**

ins Leben gerufen.

Wir möchten sichtbar machen, dass es sich nicht um die Anliegen einzelner Einrichtungen handelt, sondern um ein bremenweites Thema.

Jede Unterschrift steht für Solidarität mit den betroffenen Kindern und Jugendlichen, ihren Familien, den Mitarbeitenden und den Einrichtungen in allen Stadtteilen Bremens.

Bremen braucht starke Kinder.

Starke Kinder brauchen verlässliche Orte.

Und diese Orte brauchen eine sichere, faire, bedarfsgerechte und institutionelle Finanzierung.

Deshalb rufen wir weiterhin alle Bremerinnen und Bremer solidarisch auf, die Petition zu unterstützen und gemeinsam ein Zeichen für die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen zu setzen.

# PRESSEKONTAKT

Jens Wirth und die

Initiative für eine bedarfsgerechte und institutionelle Finanzierung der Kinder- und Jugendarbeit in Bremen

- 0151-22975891
- [jens.wirth@me.com](mailto:jens.wirth@me.com)
- [openpetition.org/httkz](https://openpetition.org/httkz) (Link zur Petition)